

Todesfälle am Eisernen Vorhang

Arbeitskonferenz des Forschungsverbundes SED-Staat mit Experten aus den ehemaligen Ostblockstaaten

Carina Baganz, Alexander Heinert

Wie viele DDR-Bürger scheiterten oder starben bei dem Versuch, über die Grenzen der DDR-Anrainerstaaten in den Westen zu fliehen? Welche Biographien und tragischen Geschichten verbergen sich hinter den Namen der Männer, Frauen und Kinder, die den gefährvollen Weg aus der DDR in die Freiheit wählten und dabei ihr Leben riskierten? Diesen Fragen stellt sich das Verbundprojekt „Grenzregime“. Im Rahmen einer Kooperation mit den Universitäten Greifswald und Potsdam untersucht der Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin die „Todesfälle von DDR-Bürgern bei Fluchtversuchen über Ostblockstaaten von 1949-1989“. Die Universität Greifswald erforscht die Todesfälle der Personen, die aus der DDR über die Ostsee zu entkommen versuchten. Die Universität Potsdam befasst sich mit dem DDR-Justizministerium und dem Vorgehen der DDR-Justiz gegen Ausreisewillige und festgenommene Flüchtlinge.

Um die Zusammenarbeit mit osteuropäischen Experten zu koordinieren, organisierte der Forschungsverbund SED-Staat am 24. und 25. Januar 2019 eine Arbeitskonferenz, die im Berliner Harnack-Haus, der Tagungsstätte der Max-Planck-Gesellschaft, stattfand. Eingeladen waren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den für die Forschung relevanten Staaten Osteuropas. Ziel der Tagung war es vor allem, den Stand der Forschung zum Verbundprojekt in den einzelnen Ländern zu präsentieren und die Zusammenarbeit aufeinander abzustimmen.

Jochen Staadt, Projektleiter im Forschungsverbund SED-Staat, gab einleitend einen Überblick über das gemeinsame Forschungsvorhaben. Als Folgeprojekt der 2017 veröffentlichten Studie über die Opfer des DDR-Grenzregimes an der innerdeutschen Grenze untersucht der Forschungsverbund SED-Staat nun die „Todesfälle von DDR-Bürgern bei Fluchtversuchen über Ostblockstaaten“. Die Recherchen in den deutschen Archiven und Zeitzeugenbefragungen erfolgen durch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Forschungsverbundes SED-Staat. Die Kooperationspartnerinnen und -partner aus Polen, der ehemaligen Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, dem ehemaligen Jugoslawien, Albanien, Griechenland und Österreich recherchieren in den dortigen Überlieferungen Todesfälle von DDR-Bürgern am Eisernen Vorhang.

Manfred Görtemaker, Leiter des Projektes an der Universität Potsdam, stellte das dort angesiedelte Vorhaben dar. Eine unbekannte Zahl von Bürgerinnen und Bürgern der DDR wurde wegen der Vorbereitung oder Ausführung von Fluchtversuchen zu Haftstrafen verurteilt, wie es die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) und die DDR-Justiz vorgaben. Zu diesem willkürlichen Vorgehen des DDR-Justizministeriums und seiner nachgeordneten Institutionen gegen Ausreisewillige und festgenommene Flüchtlinge liegt bisher noch keine wissenschaftliche Studie vor.

Als Vertreter des Projektträgers sprach Rolf Geserick vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) über die Förderziele des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). In einem wettbewerblichen Verfahren hat das BMBF aus über 100 Anträgen 14 Forschungskonsortien ausgewählt. Diese sollen in den nächsten vier Jahren mit einer Gesamtfördersumme von 40 Millionen Euro unterstützt werden. Die auf vier

Jahre angelegte Verbundforschung der drei genannten Universitäten wird mit rund drei Millionen Euro vom BMBF gefördert. Das an der Universität Greifswald angesiedelte Teilprojekt zu den tödlichen Fluchtversuchen über die Ostsee wird von Hubertus Buchstein geleitet. Es nimmt seine Arbeit im Juli 2019 auf. Die Forschungsergebnisse der drei Universitäten sollen in zwei biografischen Handbüchern (Berlin und Greifswald) sowie in einer Monografie (Potsdam) präsentiert werden.

Um zu zeigen, welche Möglichkeiten, aber auch Schwierigkeiten sich bei der Forschung zu diesem Thema ergeben können, berichtete Jan Kostka über seine Mitarbeit im vergangenen Projekt „Opfer des DDR-Grenzregimes an der ehemaligen innerdeutschen Grenze“. Jan Kostka präsentierte Resultate dieses Projektes und erläuterte vor allem verschiedene Quellen und Archivzugänge.

Darüber, wie die Forschungserträge der drei genannten Teilprojekte in der politischen Bildung – vor allem für Jugendliche – genutzt werden können, sprach Susan Baumgartl, Leiterin der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. Sie informierte die Konferenzteilnehmer aus den ehemaligen Ostblockstaaten über die Tätigkeit ihrer Institution und deren Bildungsarbeit.

Einen Schwerpunkt der Arbeitskonferenz bildeten die Beiträge der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks. Die Erläuterung des Forschungsstandes eröffnete Boguslaw Tomasz Czerwinski. Er referierte über die bisherige Arbeit des Institute of National Remembrance - Commission for the Prosecution of Crimes against the Polish Nation und die künftigen Recherchen zu den an den Grenzen Polens umgekommenen DDR-Flüchtlingen. Über die Aufarbeitung von Todesfällen am Eisernen Vorhang in der ehemaligen Tschechoslowakei berichteten Miroslav Lehký und Peter Rendek von der Platform of European Memory and Conscience. Die Archiv- und Untersuchungspotentiale bezüglich der DDR-Bürger, die an den Grenzen Ungarns bei Fluchtversuchen ums Leben kamen, beleuchtete Krisztina Slachta von der Andrassy Universität in Budapest gemeinsam mit Imre Tóth, dem Direktor der städtischen Museen in Sopron. Die künftigen Studien zu Opfern des Grenzregimes in Rumänien und die Tätigkeit des Institute of Investigation of Communist Crimes and Memory of Romanian Exile waren Thema des Vortrags von Cătălin Constantinescu. Die Forschungslage zu den Sterbefällen an den Grenzen des einstigen Jugoslawiens veranschaulichte Petar Dragišić vom Belgrader Institut für neuere Geschichte Serbiens. Auf die Zugänge in den Archiven und die Analysen über Bulgarien verwies Rumjana Marinova-Christidi von der Faculty of History der Sofia University. Den tödlich gescheiterten Fluchtversuchen an den Grenzen zu Griechenland widmete sich Yorgos Christidis vom Department of Balkan, Slavic and Oriental Studies an der University of Macedonia, Thessaloniki. Einen Überblick über die Beitragsmöglichkeiten aus Albanien gab Marenghen Kasmi von der Behörde für die Informierung über die Akten der ehemaligen Staatsdienstopolizei. Zu den ums Leben gekommenen DDR-Bürgern an den Grenzen Österreichs referierte Dieter Bacher vom Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung.

Den Gastvortrag hielt Axel Hartmann, der in den Jahren 1982 bis 1985 als Leiter der Rechts- und Konsularabteilung der BRD-Botschaft in Budapest für die Flüchtlinge aus der DDR zuständig war. Er versorgte Flüchtlinge mit Informationen über die Grenzlagen zwischen Ungarn und Österreich, stellte westdeutsche Pässe aus, verhandelte über Freikäufe von Ausreisewilligen oder half DDR-Bürgern, die im Botschaftsgebäude Asyl suchten, bei der Flucht in den Westen, auch mit unkonventionellen Mitteln.

Uta Schulz, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsverbund SED-Staat, erläuterte die Recherchekategorien und die Methodik der Erfassung personenbezogener Daten sowie der Datenbank zum Projekt „Todesfälle von DDR-Bürgern bei Fluchtversuchen über Ostblockstaaten“. Diese Datenbank bildet eine Grundlage der Kooperationsarbeit.

Cord Pagenstecher und Doris Tausendfreund vom Center für Digitale Systeme (CeDiS) in der Universitätsbibliothek der Freien Universität Berlin zeigten, wie sie Audio- und Videointerviews von Zeitzeugen und Experten sowie die Forschungsergebnisse der drei Teilprojekte auf einer Webseite im Internet für die politische Bildung an Schulen, Universitäten und Museen zur Aufklärungsarbeit über das geteilte Deutschland und die SED-Diktatur aufbereiten könnten. Exemplarisch stellten sie das von ihnen aufgebaute Online-Archiv „Zwangsarbeit 1939-1945. Erinnerungen und Geschichte“ vor.

Nach zwei Konferenztagen war deutlich geworden, dass sowohl die Zugangsmöglichkeiten zu den Archiven als auch die Forschungsstände zu den Todesfällen von DDR-Flüchtlingen am Eisernen Vorhang sehr unterschiedlich sind. Aus einigen ehemaligen Ostblockstaaten liegen bereits Untersuchungen zu den jeweiligen Grenzregimen vor, in anderen ist das Fluchtgeschehen an den jeweiligen Grenzen jedoch wenig erforscht. Insgesamt bot die Tagung für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht nur in thematischer Hinsicht wichtige Anregungen. Die abschließende Diskussion widmete sich den nächsten Schritten der interdisziplinären und länderübergreifenden Zusammenarbeit. Die wissenschaftliche Kooperation mit den Expertinnen und Experten aus den ehemaligen Ostblockstaaten ist eine wesentliche Voraussetzung für die Erforschung der noch ungeklärten Schicksale von DDR-Flüchtlingen an den Außengrenzen des kommunistischen Herrschaftsbereichs in Europa. Dieses tragische Geschehen aber ist ein wesentlicher Aspekt des Erinnerns an die deutsche und europäische Teilung.